

Inhalt:

Wider das linke Umweltmonopol

Titelseite

Die Rückkehr der Salafisten

Seite 3

Die deutschen Kosten für Migranten...

Leserbriefe

Seite 4

Die wahre Grösse Afrikas

Ein skandalöser Zufall

Chinas Altersproblem...

Seite 5

Die links-grüne Basler Regierung foutiert sich um den Rechtsstaat

PIKOM ist entsetzt: Der Bundesrat will Heimatreisen von Flüchtlingen quasi wieder erlauben

Seite 6

PIKOM-NEWS

Seite 7

Fremde Richter schützen Schwerverbrecher vor der Ausschaffung

Seite 8

Nr. 2/2019



INFORM

Danke für Ihre Einzahlung
des Mitgliederbeitrags 2019
(Einzahlungsschein liegt bei)

Wider das linke Umweltmonopol



Von Jan Mahnert,
freier Journalist,
Bern

Klima- und Umweltschutz sind seit Monaten in aller Munde – nicht zuletzt infolge der 65-stündigen Zugreise der jungen Klimaaktivistin Greta Thunberg von Schweden zum WEF. Die Jugend demonstriert, die Parteien machen auf grün. «Die grüne Welle erreicht Merkel» titelte Der Bund am 26. April 2019: Die CDU beschäftigt sich mit der Erarbeitung einer umfassenden CO₂-Abgabe, nachdem sie jahrelang dagegen gewesen war. In der Schweiz befragt die FDP ihre Mitglieder; die freisinnige Basis will eine ökologischere Politik, mehrheitlich sogar das Fliegen verteuern. An einem Treffen der Umweltministerinnen der deutschsprachigen Länder in Münster (Deutschland) betonte die SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga, es sei anzustreben, dass Banken und Versicherungen ihre Gelder vermehrt unter Einbezug ökologischer Kriterien anlegen. Zudem tauschten sich die Ministerinnen über die Massnahmen gegen das Verschwinden von Tieren, Pflanzen und Lebensräumen aus. Sie waren sich darin einig, dass für den Schutz der Biodiversität mehr zu unternehmen sei, so eine Medienmitteilung des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Energie und Kommunikation.

Doch nicht alle Parteien folgen dem Öko- und Klima-Hype. SVP-Parteipräsident Albert Rösti meinte in der Sonntagszeitung vom 31. März 2019: «Es

muss noch deutlicher gemacht werden, dass es keine zusätzlichen Belastungen oder Verbote für die Wirtschaft und die Konsumenten geben darf.» Und Christoph Blocher hat der SVP geraten, «jetzt nicht in Klimahysterie zu verfallen, sondern den Kurs zu halten». Die Zeitung 20 Minuten schrieb deshalb am 26. April 2019: «Die Klimafrage ist zurzeit das Polit-Überthema. Die SVP will trotzdem nicht auf die grüne Welle aufspringen und vergibt laut rechten Umweltfreunden damit Wählerpotenzial. Sie prüfen nun die Gründung einer «grünen Volkspartei», die konservative Werte mit Naturschutz verbindet.» Ich werde im Rahmen dieses Beitrags auf mehrere der obigen Aussagen eingehen, doch vorerst gilt es, Abstand zum Tagesgeschäft zu gewinnen und sich grundsätzlichen Fragen zu widmen.

Umweltschutz ist kein linkes Thema

Die Grünen besetzen in der öffentlichen Wahrnehmung seit Jahrzehnten das Thema Natur- und Umweltschutz, und weil die Grünen links angesiedelt

sind, gelten Natur- und Umweltschutz auch als linkes Anliegen (die Gründung der Grünliberalen Partei hat daran wenig geändert). Doch Natur- und Umweltschutz ist grundsätzlich ein konservatives Anliegen. Zur Erinnerung: Naturschutz heisst auf Englisch «nature conservation», teilt also dieselbe Wurzel wie «konservativ». Der Begriff «Ökologie» wurde bereits im 19. Jahrhundert geprägt, und zwar vom deutschen Wissenschaftler Ernst Haeckel. Haeckel war konservativ gesinnt und Mitglied des nationalistischen Alldeutschen Verbands. Auch bei der Gründung der deutschen Grünen im Jahr 1980 waren Konservative wie Herbert Gruhl dabei, die sich aber später aufgrund ihres Linkskurses von der Partei absetzten. In der Schweiz gehörte Heimat- und Naturschutz früh zum Programm der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat (später: Schweizer Demokraten), die die «Schwarzenbach-Initiative» in die Wege geleitet hatte. Bekannt ist auch der Verein Ecopop, der die am 30. November 2014 abgelehnte eidgenössische



Bild zvg

sche Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» lanciert hatte.

Wer die Grünen wählt, wählt nicht nur für Umweltschutz

Infolge der wachsenden Sorge um Klima, Natur und Umwelt haben die Grünen in letzter Zeit vielerorts zugelegt. Doch wie vielen Wählern ist klar, dass sie, indem sie den Grünen ihre Stimme geben, nicht nur für Klima-, Natur- und Umweltschutz, sondern auch für den Rest der Grünen-Agenda stimmen? Wer die Grünen wählt, bekommt nicht nur Umweltschutz, sondern auch Willkommenskultur, Masseneinwanderung, Multikulti, Gender-Mainstreaming usw. serviert. Dies macht es natur- und umweltbewussten Menschen nationaler und konservativer Ausrichtung unmöglich, die Grünen zu wählen.

Insbesondere bei der Frage des Artenschutzes zeigen die Grünen ihr wahres Gesicht. Es hat etwas Schizophrenes, wenn sie im Rahmen von Naturschutzprogrammen einheimische Tier- und Pflanzenarten gegen die von so genannten invasiven gebietsfremden Organismen ausgehenden Verdrängungs- und Hybridisierungsrisiken schützen wollen, sich aber weigern, das eigene Volk als schützenswerte Abstammungs- und Kulturgemeinschaft anzusehen. Eine konsequente Schutzpolitik sollte keine Unterscheidung zwischen Tier-, Pflanzen- und Menschenreich vornehmen, sondern muss alle Lebewesen gleichbehandeln. Man kann nicht vor den Gefahren von invasiven gebietsfremden Organismen für die einheimische Fauna und Flora warnen und gleichzeitig im Humanbereich aktiv Masseneinwanderung aus aller Herren Länder betreiben. Wer einheimische Vielfalt schützen will, muss neben den einheimischen Tieren und Pflanzen auch die einheimischen Menschen schützen.

Einwanderungskritik unerwünscht

Bei den Grünen ist jegliche Einwanderungskritik verpönt. Dies musste der grüne Hoffnungsträger Bastien Girod am eigenen Leib erfahren. Girod hatte im Jahr 2008 mit seiner Parteikollegin Yvonne Gilli das Arbeitspapier «Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz: Kritische Beurteilung aus grüner Sicht» erarbeitet. Das Papier hielt fest, dass die Schweizer Bevölkerung sich bei einer unveränderten Wachstumsrate von damals 1,4 Prozent, die vor allem auf Einwanderung zurückzuführen war, theoretisch innert 50 Jahren verdoppeln würde. Das Papier beschrieb die möglichen negativen Folgen dieser Zunahme für die Umwelt und schlug Lösungen vor, die nicht an der Personenfreizügigkeit rütteln sollten. Harmlos, könnte man meinen. Doch Girod wusste um die Sprengkraft des Themas. Er schrieb: «Das Thema kann darum kaum differenziert aufgegriffen werden, weil jeder, der sich kritisch zum positiven Wanderungssaldo und zum Bevölkerungswachstum äussert, Gefahr läuft, in die ausländerfeindliche Ecke gestellt zu werden – auch wenn es gar nicht um eine Frage der Nationalität geht.» Die weiteren Ereignisse gaben ihm Recht: Nachdem die Medien das Arbeitspapier aufgegriffen hatten, fielen grüne Politiker über Girod her. Ex-

Parteichefin Ruth Genner bezichtigte ihn der Ausländerfeindlichkeit, während Parteipräsident Ueli Leuenberger seinerseits meinte, das Papier entspreche überhaupt nicht der Haltung der Grünen. Leuenberger zögerte nicht, das N-Wort zu verwenden: Einer Politik, die Lebensraum verteidigen wolle, hätten sich «Nazis und andere Rechtsextreme» bedient, warnte er (SonntagsBlick vom 15. November 2009). Drei Jahre später, als es um die Ernennung eines neuen Parteipräsidenten ging, erteilte Leuenberger der Wahl von Girod eine Absage: «Persönlich halte ich es für falsch, einen Vertreter, den die Medien und die Öffentlichkeit zum rechten Lager zählen, zum Präsidenten zu machen.» Gewählt wurden letztlich die links orientierten Co-Präsidentinnen Adèle Thorens und Regula Rytz.

Das andere Grün

Lokale und regionale Wirtschaftskreise, die grösstmögliche einheimische Lebensmittelproduktion sowie eine sich an den Jahreszeiten orientierende Ernährungsweise sind wesentliche Elemente einer konsequenten Natur- und Umweltschutzpolitik. Je kürzer der Weg vom Acker zum Teller, desto besser. Dieser Ansatz setzt voraus, dass die Bevölkerung weder zu schnell noch zu stark wachsen darf, da der Boden nicht unendlich viele Lebensmittel hervorbringen kann. Solche Überlegungen sind im Programm 2019-2023 der anderen Partei, die die Farbe Grün als Kennfarbe gewählt hat: der SVP, enthalten. Auch Themen wie Energie, Verkehr, Umwelt und Klima werden darin besprochen. Es ist also nicht so, dass die SVP sich gar nicht um diese Fragen sorgt. Doch die öffentliche Wahrnehmung ist eine andere: Einwanderung und Europapolitik gelten als Kernanliegen der SVP. Die Lösungen der SVP in Sachen Energie, Verkehr, Umwelt und Klima sind, um es auf Business English zu sagen, derzeit «undermarketed», d.h. sie werden zu wenig zur Geltung gebracht. Sie stehen zwar im Parteiprogramm, werden aber zu wenig in die Diskussion eingebracht.

Im Unterschied zu denen der Grünen kennzeichnen sich die Lösungen der SVP nicht durch zusätzliche Abgaben und Verbote, sondern durch die Ansätze einer effizienteren Verwendung der vorhandenen Mittel und einer besserer Anwendung der beste-

henden Gesetze. Zudem will die SVP weniger Bürokratie und mehr Selbstverantwortung. Dies ist im Sinne des englischen konservativen Philosophen Roger Scruton, der in seinem Buch Grüne Philosophie: Ein konservativer Denkansatz für weniger Nichtregierungsorganisationen und internationale Komitees und für mehr Selbstverantwortung plädiert. Nach Scruton sollte jeder von uns die Umwelt als sein Heim betrachten und entsprechend dafür Sorge tragen. Traditionelle Werte, Lokalismus und Bürgerverantwortung sind in diesem Zusammenhang Schlüsselbegriffe.

Neue Konvergenzen

Ein Parteiprogramm dient der Ankündigung politischer Absichten gegenüber der Wählerschaft, ist aber meines Erachtens auch in doppelter Hinsicht als Ausgangspunkt anzusehen. Erstens ist es nicht falsch, mehr erreichen zu wollen. Wer zum Schutz von Klima und Umwelt auf Ideen kommt, die über das Parteiprogramm hinausgehen, aber wirksam ihrem Zweck dienen, sollte diese Ideen auch in seinem persönlichen Handlungssperimeter umsetzen. Zweitens ist ein Programm auch immer Ausgangspunkt für Diskussionen und für die Entwicklung besserer Ideen. Denjenigen, die eine grüne Volkspartei oder einen Öko-Konservatismus wollen, steht es frei, eigene Programme oder Manifeste zu entwerfen und diese in den Wettbewerb der politischen Ideen zu geben. Dies kann sowohl im Rahmen von Parteien als auch ausserhalb eines solchen Rahmens, d. h. im metapolitischen Bereich, stattfinden. Dadurch werden sich Überlegungen und Ideenkombinationen herauskristallisieren, die ihren Weg in die Politik finden können. Genauso wie es unter den SVP-Wählern Menschen mit einem ausgeprägten Sinn für Umwelt- und Naturschutz gibt, die aber nicht den Grünen als Partei ihre Stimme geben können, gibt es auch unter den Grünen-Wählern Menschen, die mit der Migrations- und Integrationspolitik der Partei unzufrieden sind, weil sie im Alltag mit den negativen Folgen dieser Politik leben müssen, sich aber nicht trauen, für die SVP zu stimmen. All diesen Menschen sollte, wenn nicht eine neue politische Heimat, zumindest die Möglichkeit ihre Anliegen zu artikulieren, gegeben werden. Dabei könnte es zu fruchtbaren Konvergenzen kommen.



Die Rückkehr der Salafisten

Von Dr. Léon Gaucher, Clarens/VD

Es sollen 40'000 Personen aus aller Welt gewesen sein, die ab 2001 in den «Heiligen Krieg» nach Syrien zogen. Etwa 2'000 kamen aus Russland, aus Westeuropa rund 4'500, davon allein 1'500 aus Frankreich, 970 aus Deutschland, 850 aus Grossbritannien und 400 aus Belgien. Von der Schweiz schlossen sich 92 «Gotteskrieger» dem «Islamischen Staat» an (sowie über 20 Minderjährige), 31 wurden dort getötet, 16 kehrten inzwischen nach hier zurück. Gegenwärtig dürften sich noch 20 Schweizer im Konfliktgebiet befinden. Ihre Auslieferung erfolgt nicht, da kein Abkommen existiert und die kurdische Selbstverwaltung Rojava zwar eine de-facto-Macht, aber nicht als Staat anerkannt ist. Sehr richtig fordert der Bundesrat ihre Strafverfolgung am Tatort-Staat durch ein internationales Strafgericht. Frankreich rückte indes unlängst von dieser Ansicht ab; es ist seine Ansicht, dass gefährliche Dschihadisten dort freigelassen werden könnten. Ausser England zeigen die meisten Staaten eine zögernde Haltung. Deutschland kann sich bei seinen verschiedenen Behörden nicht einig werden, seine angestrebte «politische Lösung» dürfte noch lange dauern...

Überaus deutlich erklärte der Bundesrat sein «oberstes Ziel»: Sicherheit der Schweiz und Schutz ihrer Bevölkerung. Seine begrüssenswerte Haltung dokumentiert sich auch daran, dass sie als einziger Staat eine aktive Rückführung jener «Gotteskrieger» ablehnt. «Sie haben den Weg nach Syrien gefunden, so sollen sie ihn auch zurückfinden», erklärte ein Experte der «Pro Libertate». Im Gegensatz zu England, Belgien und Frankreich, die in manchen Fällen die Rückkehr in die Heimat verneinen, verweigert die Schweiz die Einreise nicht ihren Einwohnern; ein etwaiger Versuch, über Drittländer illegal nach hier zu gelangen, bleibt erfolglos, sofern der Name des «Gotteskriegers» bekannt wurde: Die internationale Zusammenarbeit mit der Schweiz ist ausgezeichnet.

Voraussetzung für einen Haftbefehl sind konkrete Beweise; ein blosser Aufenthalt in IS-Gebieten allein dürfte für eine Strafverfolgung nicht ausreichen. Der Entzug des Schweizer Bürgerrechts setzt im Prinzip eine rechtskräftige Verurteilung voraus; er wird in allen Ländern auch nur bei Doppelbürgern diskutiert – durch einen solchen Verlust aber verschwindet die Person nicht, sondern schiebt sie letztlich nur einem anderen Land zu. Männliche «Gotteskrieger» zeigten sich in den IS-Propagan-

da-Videos oft sehr stolz mit ihren ermordeten Opfern. Fast ebenso häufig sind ihre Stimmen zu identifizieren. Nicht selten verrät schon die Hornhaut am Abzugfinger des Schützen sein bisheriges Kämpferleben. Frauen, oft noch fanatischer, wurden seltener gezeigt. Gerichtsprozesse haben indes bewiesen, dass auch sie häufig in militärischen Ausbildungslagern an Maschinenpistolen und an der Kalaschnikov unterwiesen wurden und an Hinrichtungen teilnahmen; ob das als Beihilfe gewertet werden kann, entschieden ausländische Gerichte unterschiedlich. Zumeist wurden sie wegen IS-Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Konnte auch kürzlich die letzte Bastion des «Islamischen Staates» im ostsyrischen Dorf Baghuz gestürmt werden, so soll der Kampf dennoch fortgesetzt werden. IS-Chef Abu Bakr al-Bagdadi, auf den die USA ein Kopfgeld von 25 Millionen Dollar aussetzten, dürfte im Irak untergetaucht sein. In seiner Botschaft fordert er die «Gotteskrieger» zu weiteren Anschlägen im Westen mit «Bomben, Messern und Autos» auf. Erwartungsgemäss erklären diese sich nach ihrer Verhaftung als verführte «Opfer», doch erscheinen die meisten unbelehrbar zu sein. So hat das zuständige Eidgenössische Departement erst unlängst betont, «die terroristische Bedrohung in der Schweiz bleibt erhöht». Natürlich wird ein abgeurteilter oder vermuteter IS-Kämpfer nicht ohne Beobachtung bleiben; doch eine vollständige Überwachung erfordert 30 Personen – die man einfach nicht hat.

So werden nicht wenige, die sich vielleicht sogar äusserlich als konvertiert zum Christentum ausgeben, zwei bis drei Jahre als «Schläfer» ein normales Leben führen und dann ihre Bomben-Attentate im Namen Allahs wieder aufnehmen...



Bild zvg

Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der Divisionär aD und ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Bedrohen Trump, Putin und Xi unsere nationale Sicherheit?»



Donnerstag, 3. Oktober 2019

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

Organisiert durch:

PRO + LIBERTATE

www.prolibertate.ch

PIKOM

Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

PRO + LIBERTATE

Ich möchte der Vereinigung PRO LIBERTATE beitreten:

- als Mitglied (Jahresbeitrag Fr. 40.– / Ehepaare: Fr. 60.–)
- als Gönner (Jahresbeitrag Fr. 100.–)
- als Sympathisant (nach freiem Ermessen)

Ich bestelle _____ Expl. des Buches
«Wie sich die Schweiz rettete», zum Preis
von 49 Franken (statt 79 Franken)



Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an: PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen

Die deutschen Kosten für Migranten ...

Von Dr. iur. Friedrich-Wilhelm Schломann,
D-Königswinter/Bonn

Ihre Gesamtsumme ist unbekannt. Wer danach fragt, wird nach einem Artikel der Neuen Zürcher Zeitung NZZ «in ein Labyrinth von Statistiken und Zuständigkeiten geschickt, nur die entscheidende Zahl aller Aufwendungen gibt es nicht». Nach Ausführungen des AfD-Vorsitzenden Gauland in einer Bundestagsdebatte Ende November sprach der



deutsche Entwicklungshilfe-Minister von 30 Milliarden Euro, welche vom Bund, den Ländern und Gemeinden pro Jahr für eine Million Migranten ausgegeben werden. Da seit September 2015 rund 1,5 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kamen, wären das 45 Milliarden Euro; das Institut für deutsche Wirtschaft indes kommt bei seinen Berechnungen auf 50 Milliarden Euro, das seriöse Kieler Institut für Weltwirtschaft sogar auf 55 Milliarden Euro!

Nach einer Mitteilung der Handwerkskammer brechen 70 Prozent der Immigranten ihre Lehre ab; jeder zweite Arbeitslose hat einen Migrationshintergrund, etwa 30 Prozent der Häftlinge in deutschen Gefängnissen sind Ausländer.

Andererseits betragen laut bundesdeutschem Haushalt die Ausgaben für Erziehungs- und Elterngeld bloss 6,4 Milliarden Euro und für das Bundesforschungsministerium – für die Zukunft des Landes – lediglich 17 Milliarden Euro. Zugleich müssen sich rund 40 Prozent der Deutschen auf Altersarmut einrichten.

Warum wird mit den IS-Rückkehrern so ein Rami dämi gemacht?

Mein Vorschlag: CH-Pass wegnehmen und abschieben, dorthin wo sie kämpften.

Ich denke in unserem Land tummeln sich viel zu viele Studierende (Juristen, Psychiater, Psychologen), Menschenrechtler und weitere Gutmenschen, alles teure Leute, das macht alles kompliziert und teuer. In meiner Jugendzeit wurden junge Männer für die Fremdenlegion angeworben. Auch mein Schwager ging. Plötzlich war er verschwunden, niemand wusste wo er war, auch die Eltern nicht. Nach einigen Jahren wollte er in Pontarlier über die Grenze kommen, um seine Eltern zu besuchen. Sofort wurde er verhaftet und verhört. Tage vergingen bis seine Frau informiert wurde, wo er ist.

Weil mein Schwager in Paris eine Familie hatte, seiner Arbeit (gelernter Schreiner) nachging und ein geregeltes Leben führte, wurde er freigelassen, musste zu einem späteren Zeitpunkt nochmals vor Gericht erscheinen und wurde freigesprochen.

Lotti Klopfenstein, 1784 Courtepin

Leserbriefe

Unsere Globale Energie- Hochkultur

Unsere Zukunft braucht einen Blick in die Vergangenheit.

James Watt verbesserte 1781 die früheren Dampfmaschinen, und ab 1816 begann in Österreich das Dampfzeitalter. Die Wälder, unsere erneuerbaren Energiespender, mussten mit fossilem Brennstoff geschont werden. Als dann auch noch die Atomenergie nutzbar wurde, konnte sich auf unserer Erde, erstmals eine globale Energie-Hochkultur entwickeln. Alle früheren Hochkulturen hatten kontinentale Grenzen und erlebten eine Blütezeit von unterschiedlicher Dauer. Unsere dürfte heute nahe dem Höhepunkt sein. Das heisst, wir müssen un-

sere Wachstumsmentalität umpolen, denn es haben sich besondere Herausforderungen entwickelt. Die Klimaerwärmung wird durch uns, mit der Erde entnommener Energie, verursacht. Dies ermöglichte auch, dass sich die Menschheit in nur 200 Jahren von 1 Milliarde auf über 7 Milliarden vermehren konnte. Besser den Gürtel jetzt enger schnallen, als zu warten, bis uns die Natur belehren muss. Aus eigenem, kollektivem Willen haben wir diese Kultur erarbeitet. Beweisen wir den aufkommenden Weltuntergangsaposteln, dass eine weiche Landung in die Zukunft möglich sein wird.

Peter Baumgartner-Jost, 4900 Langenthal

Bestellen Sie jetzt das Grundlagenbuch zur Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg:

«Wie sich die Schweiz rettete»

zum Spezialpreis von 49 Franken (statt 79 Franken)

Bitte Bestelltalon Seite 3 benutzen!



Einladung zu Generalversammlung und Referat



Dienstag, 2. Juli 2019. Beginn der Generalversammlung: 19.00 Uhr
MZH Stiftung zum Glockenhaus (neben dem Hotel Glockenhof), Sihlstr. 33, 8001 Zürich
Sympathisanten und Interessierte sind an der Generalversammlung des Bundes der Steuerzahler herzlich willkommen. Im Anschluss laden wir Sie zu einem Apéro ein.
Um **20.15 Uhr** beginnt im Rahmen eines **öffentlichen Anlasses** unser diesjähriges Referat:

«So viele Milliarden kosten die rot-grünen Phantasien den Steuerzahler»

Nationalrat Alfred Heer, Präsident Bund der Steuerzahler



Bund der Steuerzahler
www.bds-schweiz.ch

Bitte senden Sie mir Informationen über den BDS zu.

Vorname, Name

Adresse

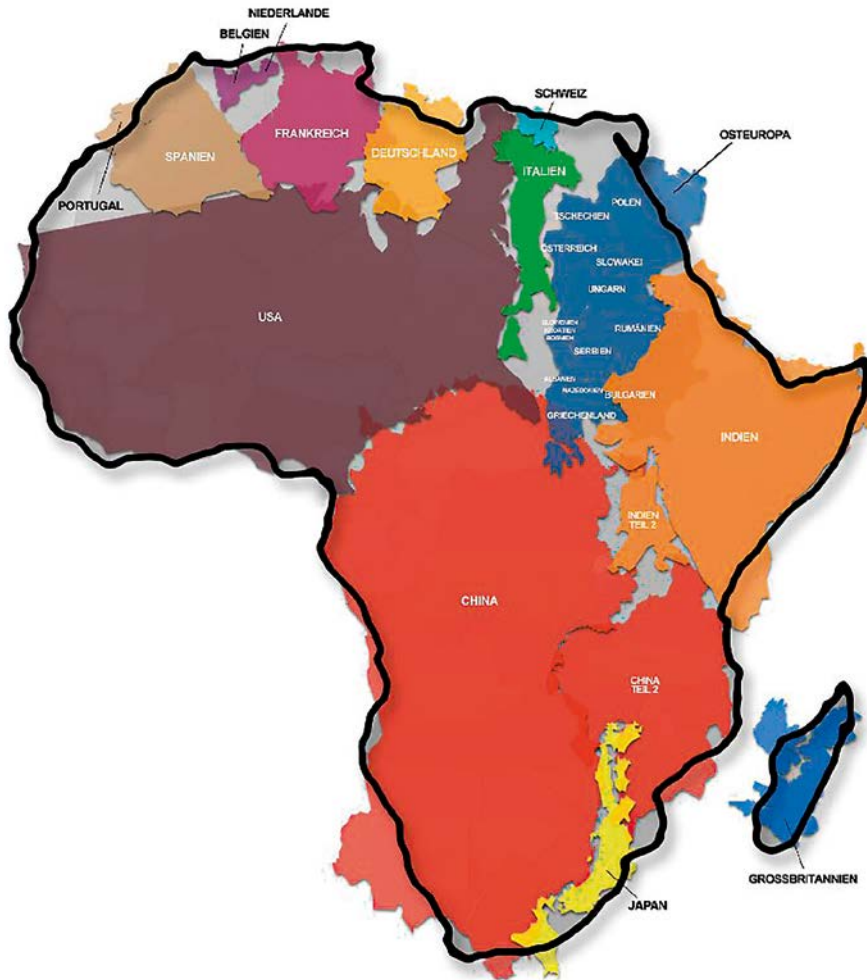
PLZ, Ort

Telefon

Datum, Unterschrift

Talon senden an: BDS Schweiz, General-Wille-Str. 12, 8002 Zürich

Die wahre Grösse Afrikas



Ein skandalöser Zufall

Von Tis Hagmann, Büro Ha, 5042 Hirschthal

Die (unentgeltliche!) Rechtsberatung in den Bundesasylzentren ist vergeben worden. Bessere Bezeichnung wäre «den Kuchen verteilen». Alles läuft gut geschmiert; den Zuschlag haben erhalten: RBS (Rechtsberatungsstelle Bern), Schweiz. Arbeiterhilfswerk SAH, Heks, Caritas und SOS Ticino. Diese Organisationen sind damit weiterhin daran interessiert, dass möglichst viele Asylbewerber hier bleiben. Die Vergabekriterien sind undurchsichtig. Das einzige privatwirtschaftliche Angebot wurde ausgeschlagen! Die Asylindustrie muss schliesslich aufrecht erhalten bleiben. Zu Lasten des Steuerzahlers.

Blick ins Ausland

Chinas Altersproblem...

Von Shi Wu Fei, Hongkong, Volksrepublik China

Während der letzten sieben Jahre schrumpft in der Volksrepublik die arbeitsfähige Bevölkerung zusehendst: allein 2017 ging sie um über fünf Millionen Personen auf jetzt rund 900 Millionen oder auf über 60 Prozent der Gesamtbevölkerung zurück. Chinas Wissenschaftler glauben, in den bevorstehenden drei Jahren wird der Anteil der erwerbsfähigen Männer und Frauen um weitere 18 Millionen abnehmen. Es ist eine Folge der 35 Jahre andauernden Ein-Kind-Politik Pekings, die letztlich zur Vergreisung seiner Bevölkerung beitrug; die erst 2015 erfolgte Lockerung der Anweisung kam viel zu spät. Gleichzeitig wächst die Zahl der Rentner «doppelt so schnell wie im Weltdurchschnitt», wie es im neuen Jahresbericht der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften heisst. In weiterer Konsequenz wird dies das Wirtschaftswachstum des Landes schwächen, gleichzeitig Pekings Renten- und damit Finanzprobleme verschlimmern. Ende 2017 lebten 241 Millionen Rentner in der Volksrepublik, das waren an der Gesamtbevölkerung rund 17,3 Prozent. In knapp sechs Jahren dürften es mit 300 Millionen jeder Fünfte sein. Für spätestens 2050 erwarten die Demoskopien Pekings, dass unter der dann 1,46 Milliarden-Bevölkerung Chinas jeder Dritte über 60 Jahre alt sein wird – die grösste Armee der Rentner in der Welt.

Leserbrief

Endlich wieder ein Klimawandel

Es hat ihn in der Erdgeschichte immer schon gegeben, allein in den letzten 100'000 Jahren vier mal: Die Günz-, Mindel-, Riss- und Würmeiszeiten und die dazwischen liegenden Wärmeperioden mit üppiger subtropischer Vegetation und Palmenwuchs bis ins heutige Schweizer Mittelland lassen grüssen. Jedenfalls hat der Schreibende im Rahmen seiner geologischen Diplomarbeit im Kronberggebiet, Kanton Appenzell IR, also nördlich der Alpen, fossile Palmblätter (*Chamerops Humilis* Linné) nachgewiesen und aus dem Molassefels als Beleg geborgen. Sollte der neuerdings festgestellte Klimawandel vom Menschen verursacht sein, und davon gehen die meisten Naturwissenschaftler aus, da er erdgeschichtlich unnatürlich schnell, ja akut vor sich geht, hat er auch eine positive Seite: er weist die überbordend wachsende Menschheit in Ihre Schranken. Das Ende dieser unheilsamen und ignorierten Entwicklung zeichnet sich schon heute am lädierten Zustand unseres irdischen Paradieses ab.

Alle guten Sprüche zur Rettung des Klimas sind ja gut und recht, aber nützen nichts, solange sich

die Bevölkerung weiter, in einigen Erdteilen sogar rasant vermehrt. Und wir Umweltsünder betreiben auch noch Entwicklungshilfe statt Familienplanung und Geburtenkontrolle. Ein ehemaliger Chefredaktor des St. Galler Tagblatts hat es unter der Rubrik «Salzkorn» einmal auf den Punkt gebracht: Unsere Kinder die Klimakiller. Dies ist in Asien, das bevölkerungsmässig am stärksten wächst und bald auch in Afrika dank der Entwicklungshilfe schon längst der Fall. Also: Verzichten Sie auf den Gebrauch eines eigenen Motorfahrzeugs, auf den ungehemmten Fleischverzehr, auf das Fliegen am Laufmeter und am Schluss auch noch auf Ihre komfortable Heizung. Schnallen Sie Ihren Gürtel zugunsten des Bevölkerungswachstums endlich enger, am besten bis auf die Knochen! Das Hirn lassen wir vorerst unangetastet, vielleicht besteht ja dann noch eine Chance.

Marcel Spoerri, dipl. sc. nat. Geologe,
9010 St. Gallen

Die links-grüne Basler Regierung foutiert sich um den Rechtsstaat



Von Janosch Weyermann, Stadtrat und Vorstandsmitglied PIKOM, Bern

Wo bleibt der Rechtsstaat: Die links-grüne Mehrheit der Kantonsregierung verweigert die Ausschaffung eines Afghanen und setzt sich damit über ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes hinweg.

Es ist ein Skandal, was sich die links-grüne Regierungsmehrheit des Kantons Basel-Stadt im Falle eines abgelehnten afghanischen Asylbewerbers leis-

tet. Die Basler Exekutive missachtet Bundesrecht, setzt sich über ein Urteil des höchsten Schweizer Verwaltungsgerichtes hinweg und stellt, wie in einer Bananenrepublik, eigene Regeln auf. Konkret geht es um einen Afghanen, der wie die Basler Zeitung berichtet, 2018 in der Schweiz ein Asylgesuch eingereicht hat, nachdem sein erstes Gesuch in Österreich abgelehnt worden war. Er gab an, minderjährig zu sein, obwohl ihn die österreichischen Behörden bereits als volljährig registriert hatten. Eine Handknochen-Analyse in der Schweiz kam ebenfalls zum Schluss, dass er volljährig ist. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) lehnte das Gesuch ab und ordnete seine Rückschaffung nach Österreich an, weil dieser Staat gemäss Schengen-Dublin für den Afghanen zuständig ist. Das Bundesverwaltungsgericht stützte den Entscheid.

Der Bund muss in Basel durchgreifen
Doch die links-grüne Basler Regierung hält offen-

sichtlich nichts vom Rechtsstaat und seinen Verfahren. Sie foutiert sich um geltendes Asylrecht und Gerichtsurteile und folgt lieber einer nicht bindenden Petition des Grossen Rates indem sie die Ausschaffung des Afghanen verweigert. Angesichts dieses skandalösen und einer Regierung unwürdigen Rechtsverständnisses ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis es auch im Umweltbereich zu solch selbstherrlichen Entscheiden kommt und gesetzeswidrige «Klima-Notmassnahmen» im Sinne der Klimahyretiker durchgepeitscht werden.

Nach der SVP fordert auch PIKOM daher den Bund auf, den Basler Alleingang nicht zu dulden und den Kanton mit verfassungsrechtlichen Mitteln dazu zu zwingen, die Ausschaffung des Afghanen zu vollziehen. Dies wäre auch ein wichtiges Signal an Kantone wie Neuenburg, Waadt und Genf, die sich schon seit geraumer Zeit und unter dem Deckmantel angeblicher humanitärer Kompetenz gegen Ausschaffungen wehren.

PIKOM ist entsetzt: Der Bundesrat will Heimatreisen von Flüchtlingen quasi wieder erlauben



Von Erich J. Hess Nationalrat und Grossrat, 3018 Bern Niederröttigen BE

Anerkannten Flüchtlingen ist es verboten, in ihren Heimat- oder Herkunftsstaat zu reisen. PIKOM sei Dank! Der Bundesrat will jedoch die Ausnahmen für Reisen in Nachbarländer grosszügig auslegen und öffnet damit dem Missbrauch Tür und Tor. Dies ist ungeheuerlich. Wer in das Land zurückkehrt, in dem er angeblich verfolgt ist, ist nicht bedroht und damit kein Flüchtling im Sinne des Gesetzes.

Nun geschieht, wovor die SVP und PIKOM schon immer gewarnt haben: Der Bundesrat will anerkannten Flüchtlingen Heimatreisen faktisch erlauben. Konkret sollen Flüchtlinge bei «schwerwiegenden Ereignissen» vom Staatssekretariat für Migration

(SEM) eine Erlaubnis erhalten, in Nachbarländer ihrer Heimatstaaten zu reisen. Unter schwerwiegend versteht der Bundesrat nicht nur den Tod naher Angehöriger, sondern auch, wenn diese heiraten, ein Kind zur Welt bringen, schwer erkranken oder einen Unfall haben. Die entsprechende Verordnungsanpassung hat der Bundesrat heute in die Vernehmlassung geschickt.

PIKOM und die SVP sehen ihre Befürchtung bestätigt, dass das gesetzliche Heimreiseverbot für Flüchtlinge bis zur Bedeutungslosigkeit aufge-

weicht wird, zumal es ein offenes Geheimnis ist, dass Flüchtlinge bereits heute über Nachbarstaaten zurück in ihre Herkunftsländer reisen. Reisen von Flüchtlingen in ihre Herkunfts- oder Heimatstaaten sind klar abzulehnen. Personen, die sich nicht daran halten, gehören Flüchtlingsstatus und Aufenthaltsrecht in der Schweiz aberkannt. Weil der Bundesrat die Ausnahmewilligungen auf dem Verordnungsweg durchsetzen will, sind dem Parlament die Hände gebunden: Verordnungen kann der Bundesrat in eigener Kompetenz erlassen.

Bild pixabay.com



Wir begrüßen im Vorstand Martina Bircher, Grossrätin

Martina ist eine offene, junge und dynamische Frau, welche die Interessen des Mittelstandes vertritt. «Um Lösungen zu finden, müssen zuerst Probleme und Missstände aufgezeigt werden. Dabei verschliesse ich meine Augen nicht, sondern höre zu und sehe hin». Als Politikerin bleibt sie ihren Prinzipien und Werten treu, nimmt Verantwortung wahr, krempelt ihre Ärmel hoch und scheut sich nicht vor «Knochenarbeit». Seit 2014 ist sie im Gemeinderat für das Ressort Soziales, Gesundheit und Jugend verantwortlich. Ein Schlüsselressort, da Aargau die höchste Sozialhilfequote im Kanton Aargau hat. Diese rote Laterne will sie so schnell wie möglich loswerden. Auf kantonaler Ebene ist sie seit 2017 im Grossen Rat sowie Mitglied der Sozial- und Gesundheitskommission.



Vorsorglicher Bückling

In Schweden kann man sog. personalisierte Autokennzeichen bestellen. Mit Vornamen oder sonstigen Bezeichnungen und einer Nummer. Die staatliche Zulassungsstelle lässt allerdings Kombinationen mit den Namen «Jesus» oder «Christus» auf dem Kontrollschild nicht zu. Die Behörde begründet dies damit, dass Moslems Anstoss nehmen könnten. Aber Abkürzungen wie «Ben», «Bin», «Abd» sind erlaubt.

Bewaffnung von Moslems mit staatlicher Förderung

Die Rassismusberatungs-Kommission ist auf ein Wieder-Erwägungsgesuch eines Moslems eingetreten, «auch ein Moslem habe Anrecht auf einen Waffenerwerbsschein».

Für Öffentlichkeitskampagnen hat der Bund im Jahre 2017 insgesamt rund 78,6 Millionen Franken ausgegeben

Events, um die Energiewende anzukurbeln, Aktionspläne, um Herrn und Frau Schweizer das heimische Holz schmackhaft zu machen, Organ spendekampagne, etc. 307 Vollzeitstellen sind nebst Privataufträgen mit der Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt, ein Fass ohne Boden!

Urteil am Bezirksgericht Zürich, DG 180 300 und DG 180 306 vom 10.1.2019

Zwei Bangladeshi wurden aufgrund des Ausländergesetzes verurteilt. Grund: jeder ist gegen Bezahlung ca. 10 Scheinehen eingegangen. Also Heiratsbetrug in Serie. Die Geschichte darum in-

teressiert nicht, wohl aber das Urteil. Beide haben (in Erwartung des «Hotelbetriebes») alle Anschuldigungen eingestanden, das Strafmass anerkannt und wurden im abgekürzten Verfahren «verurteilt»: 14 Monate Freiheitsstrafe bedingt, 120 Tagessätze zu Fr. 30.– bedingt und 7 Jahre Landesverweis. Also nichts. War ein rentables Geschäft.

Wir werden weiter mürbe gemacht

Die OECD hat im Zusammenhang mit dem AIA in Steuerangelegenheiten eine Empfehlung herausgegeben. Danach gelten (auch in der CH) Stiftungen inskünftig als sog. «Meldepflichtige Finanzinstitute». Die OECD und EU-Schergen setzen also gemeinnützige Stiftungen den US und GB Trusts und Banken gleich! Damit sind die Stiftungen gezwungen, regelmässige Monitorings über sich ergehen zu lassen bzw. machen zu lassen. Das kostet. Es gibt Schätzungen von «Swiss Foundations», dass aufgrund dieser Kosten bei einer Mehrheit der Stiftungen die Erträge vollständig versiegen. Der BR will diese «Empfehlung» ohne Not und Zwang im vorauseilenden Gehorsam umsetzen. Er hat eine Vorlage erarbeitet; die Vernehmlassungsfrist läuft noch bis zum 12. Juni 2019. Die Inkraftsetzung ist per 1.1.2021 geplant.

DEZA-Aktivitäten

Der Jahresbericht der DEZA liest sich über weite Strecken wie ein Bericht aus einer Fantasie-Welt. Hier ein Auszug an «Aktivitäten» aus dem Jahresbericht 2018 bzw. der Geldverschleuderung ohne Gegenleistung oder ohne Bedingungen zu stellen. Gedanken sind frei... nicht nur über Flugzeuge abstimmen, auch über Entwicklungskredite!

Titel des Projektes (Original-Wortlaut)	Land	Projektdauer	Kosten total CHF
Theaterstück: «Zornige Frauen erobern die Bühne» (Mobiles Theater im Busch, Anm.d.R.)	Burkina Faso	3 Jahre	1,5Mio.
Gletscher-Rückgang in Peru studieren	Peru	4 Jahre	5 Mio.
Bio-Marktentwicklung fördern	Ukraine	5 Jahre	5 Mio
Mit Musik und Kultur eine Nil-Kultur entwickeln	Aegypten	4 Jahre	0,75 Mio.
Klimawandel in den Lehrplänen verankern	Afrika	3 Jahre	3 Mio.
Unterstützung der Afrikanischen Entwicklungsbank (mit Beiträgen à fonds perdu)	Afrika	10 Jahre	208 Mio. (!)

Die präsentierten Zahlen zum AHV-Fonds sind wenig erfreulich

Ein Minus von 4,14 Prozent oder 1,3 Milliarden Franken mussten verbucht werden. Bereits seit 2014 zahlt die AHV mehr Renten aus, als sie Beiträge einnimmt.

Im 4. Quartal 2018 rund 4'000 mehr Arbeitslose

Die Schweiz zählt 227'000 Personen als arbeitslos. Der Anteil an der Erwerbsbevölkerung lag demzufolge bei 4,6 Prozent.

Schweiz bereitet sich auf die Rückkehr von IS-Kämpfern vor

US-Präsident Donald Trump fordert nach dem Abzug in Syrien die EU auf, rund 800 IS-Kämpfer, aufzunehmen und vor Gericht zu stellen. Der Bundesrat geht davon aus, dass sich rund 40 Leute mit Schweizerpass im irakisch-syrischen Kriegsgebiet aufhalten.

Fremde Richter schützen Schwerverbrecher vor der Ausschaffung



Von
Thomas Fuchs,
aNationalrat,
Präsident PIKOM,
Bern

Strassburger Richter verhindern die Ausschaffung eines Vergewaltigers. Dass fremde Richter in der Schweiz bestimmen ist inakzeptabel. Wieder einmal schreibt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) der Schweiz vor, wie sie mit einem schwerkriminellen Ausländer zu verfahren hat. Konkret geht es um einen Kosovaren, der 2003 eine Vergewaltigung beging und der zu einer Freiheitsstrafe von über zwei Jahren sowie zu einem Landesverweis mit einer fünfjährigen Probezeit verurteilt worden war. Aufgrund der Verurteilung sowie der Scheidung von seiner Schweizer Ehefrau verlängerten die Migrationsbehörden die Aufenthaltsbewilligung des Kosovaren nicht. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte 2015 letztinstanzlich die Wegweisung aus der Schweiz. Die St. Galler Richter begründeten dies mit der öffentlichen Sicherheit sowie mit Verweis auf die zwischenzeitlich angenommene Ausschaffungsinitiative, bei der Vergewaltigung als sogenannte Katalogtat gilt,

die bei einer Verurteilung zwingend zu einer Wegweisung aus der Schweiz führen muss. Trotzdem ist der Kosovare noch immer hier – und wird auch weiter hierbleiben. Verantwortlich dafür ist der EGMR in Strassburg, der die Schweiz nun zurückgepiffen hat – was linke Politiker wie die grüne Nationalrätin Sibel Arslan öffentlich bejubeln. Für PIKOM indes ist das Strassburger Urteil inakzeptabel. In der Schweiz hat unser demokratisch legitimes Verfassungsrecht zu gelten. Die SVP fordert daher auf parlamentarischem Wege zu Recht, dass der kosovarische Vergewaltiger sowie alle anderen ausländischen Schwerkriminellen nun endlich ohne Wenn und Aber des Landes zu verweisen sind. Wann endlich begreifen dies die Verantwortlichen?



Impressum

Herausgeber: PIKOM, 5000 Aarau
Telefon: 079 302 10 09 – Fax: 031 981 39 82
Vorstand: alt Grossrat und alt Nationalrat
Thomas Fuchs, Präsident, Bern – Nationalrätin
Sylvia Flückiger, Vizepräsidentin, Schöftland –
Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli –
alt Grossrätin Claudia Gubler-Hofmann, Beinwil
am See – Manuela Kumml, Geschäftsführerin,
Reinach – alt Grossrat Gregor Biffiger, Berikon –
alt Grossrat und Stadtrat Hans-Ulrich Gränicher,
Revisor, Bern – Monika Kammermann,
Revisorin, Bern – Pierre Juchli, Zürich –
Janosch Weyermann, Bern
Homepage: www.pikom.ch
E-Mail: pikom@pikom.ch
PC-Konto: 60-76254-9
Layout: P. Hofstetter, Lurtigen
Erscheint mindestens 4 x jährlich

www.pikom.ch

Spenden in WIR

Sie können Spenden an PIKOM auch in WIR tätigen. Spenden in WIR bitte BA an PIKOM, 5000 Aarau senden. PIKOM dankt herzlich für Ihre Unterstützung.



Ich will Mitglied werden Ich wünsche Infos

Buchbestellung Václav Klaus Völkerwanderung Fr. 20.–

Machen Sie nicht länger die Faust im Sack!

Treten Sie dem PIKOM bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der jährliche Beitrag beträgt Fr. 65.–. Sie erhalten einen Einzahlungsschein für den Jahresbeitrag.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Einsenden an: PIKOM, 5000 Aarau - Fax 031 981 39 82

www.pikom.ch

Mitglieder werben und gewinnen!

Wer ein Neumitglied wirbt, nimmt an der Verlosung eines Nachtessens mit einem Vorstandsmitglied nach Wahl teil. Der Gewinner bestimmt das Restaurant. PIKOM übernimmt die Rechnung.

Geworben durch:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____